Nr. 18 XXVI. Jahrgang

Sonnabend, 19. Januar 1918

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 97, Expedition Nr. 13 8 36, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelzeile kostet für Dresden und Vororte 35 Pf., für auswärts 40 Pf. Tabellen- oder Ziffersatz mit 100 Proz. Preisaufschlag. Die zweispaltige Reklamezeile 1,20 Mk., mit Platzvorschrift 2 Mk. Bei Wiederholungen und längeren Aufträgen nach Tarif. Chiffregebühr 20 Pf. Auf diese Preise werden 50 Prozent Teuerungszuschlag berechnet. Anzeigen von auswärts werden nur gegen Vorausbezahlung aufgenommen. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht garantiert. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist unzulässig. Unsere Dresdner und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen zu Originalpreisen und Rabatten an.

Bezugspreis: Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,20 Mk., vierteljährlich 3,60 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 25 Pf. monatlich mehr.

Postbezug in Deutschland: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,30 Mk., vierteljährl. 3,90 Mk. „ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,45 „ „ 4,35 „

In Oesterreich-Ungarn: Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 2,15 Kr., vierteljährl. 6,45 Kr. „ B mit „Illustr. Neueste" „ 2,32 „ „ 6,96

Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Verhandlungen über Warenaustausch mit der Ukraine

Energisches Vorgehen der Russen gegen Rumänien — Neue Enthüllungen aus den Aktenstücken Caillaux

Ausgedehnte Arbeiterstreiks in Nieder-Oesterreich

Die Besprechungen in Brest-Litowsk

× Brest-Litowsk, 17. Januar

Bei der heute zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation anderseits abgehaltenen Besprechung hob Graf Czernin den für die Brester Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Einmischung eines Teiles in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Er wies auf die Besprechung der Sicherstellung des Schicksals jener polnischen Minoritäten hin, die dem künftigen ukrainischen Staat etwa angehören werden. Diese Erklärung wurde von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß sie auf Grund derselben in die weiteren Verhandlungen eintreten werde. Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen wirtschaftlichen Verkehrs wurden keine solchen Divergenzen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu verhindern vermöchten. Die Beratungen wurden so weit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustauschverkehrs erstreckten. Der Gang dieser Verhandlungen und deren bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befriedigenden Abschlusses berechtigt erscheinen. Die Weiterberatung ist einer Spezialkommission übertragen worden, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen und mit tunlichster Beschleunigung durchführen wird.

•

Die telegraphische Verbindung Berlin—Wien—Kijew

* Berlin, 18. Januar

Wie die „Voss. Ztg." zu melden weiß, ist die telegraphische Verbindung Berlin—Wien—Kijew seit einigen Tagen wiederhergestellt. Nach dem Bericht des Lemberger ukrainischen Blattes „Dilo" hat kürzlich eine lange telegraphische Unterredung zwischen dem Wiener Auswärtigen Amt und Kijew stattgefunden.

•

Die englische Arbeiterpartei an Trotzkij

Der „Manchester Guardian" gibt ohne Datumangabe folgendes Telegramm der Independent Labour Party an Trotzkij wieder: „Nachdem Lloyd George und Wilson ebenso wie die Vertreter der Mittelmächte Eure Formel: „Keine Annexionen, keine Indemnitäten" angenommen haben und wir glauben, daß die Anwendung dieses Grundsatzes im einzelnen lediglich in einer vollen Konferenz möglich ist, drängen wir unsre Regierung, unverzüglich an Verhandlungen für den allgemeinen Frieden teilzunehmen. Wir sind von Herzen mit Euch in Euerm großartigen Eintreten für den internationalen Frieden."

•

Gegen die Politik des Fürsten Bülow

In Besprechung der Vorgänge in Deutschland beschäftigt sich das Wiener „Fremdenblatt", das dem Wiener Auswärtigen Amte nahesteht, mit Berliner Gerüchten, daß der frühere Reichskanzler Fürst Bülow lebhaft am Werke sei, dem Staatssekretär v. Kühlmann Schwierigkeiten zu bereiten in der Absicht, sich selbst an seine Stelle zu setzen, und sagt: „Es muß von Grund heraus und klar gesagt werden, daß in Oesterreich auch nicht der leiseste Zweifel darüber besteht, daß wir zwischen dem Fürsten Bülow und v. Kühlmann keinen Vergleich ziehen können. Dieser genießt das volle, uneingeschränkte Vertrauen nicht nur der österreichisch-ungarischen Regierung, sondern auch der Völker Oesterreich-Ungarns, die es ihm hoch anrechnen, daß er mit ebensoviel Zähigkeit wie Geschicklichkeit, gedeckt durch die Majorität des Deutschen Reichstags, seinen Kurs auf einen baldigen ehrenvollen Frieden stetig einhält. Fürst Bülow genießt dieses Vertrauen nicht. In Oesterreich-Ungarn und in allen Kreisen der Monarchie besteht das Gefühl, daß Fürst Bülow zur Zeit der italienischen Krisis durch Ausbieten österreichisch-ungarischen Gebietes an die italienische Regierung kein treuer Sekundant war. Wenn also heute von dieser oder jener Stelle im Deutschen Reiche behauptet und verbreitet wird, Fürst Bülow würde auch bei den Verbündeten ein willkommener Friedensunterhändler Deutschlands sein, so muß dieser Ansicht mit Bedauern, aber mit Nachdruck entgegengetreten werden."

•

Eine Anerkennung für Kühlmann

(Privattelegramm der Dresdner Neuesten Nachrichten)

jd. Wien, 18. Januar

In dem gestrigen Artikel des „Fremdenblattes" liest man warme Anerkennung für Kühlmann, der stets bestrebt ist, von höherem, staatsmännischem Standpunkte die Interessen Deutschlands mit denen der Verbündeten, darunter Oesterreich-Ungarns, in Einklang zu bringen. In dieser, allen Verbündeten zugutekommenden Friedensarbeit scheint er von verschiedenen Strömungen gestört zu werden. Dagegen richtet sich der Artikel des „Fremdenblattes", dessen offene Sprache als Zeichen der Bundestreue Oesterreich-Ungarns zu Deutschland aufgefaßt wird.

In bezug auf Brest-Litowsk wird an zuständiger Stelle betont, das Eingehen in die Erörterung einzelner Punkte enthalte die Möglichkeit eventueller Verständigung.

(kf)

Der russisch-rumänische Konflikt

Nach einem Telegramm der Petersb. Telegr.-Agentur erfolgte die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamandi in der Nacht vom 14. zum 15. d. M. wegen grausamer Unterdrückungsmaßregeln der rumänischen Regierung gegen russische Soldaten. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung der französischen und englischen Botschaft zu Lenin. Die Kommissare bewilligten die Freilassung auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Rumäniens gegen russische Soldaten senden werde. Um 8 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamandi freizulassen. — Ueber

weitere Maßnahmen

gegen das Verhalten der rumänischen Regierung wird gemeldet:

s. Basel, 18. Januar. (Priv.-Tel. der Dresdner Neuesten Nachrichten.) „Daily Mail" meldet aus Petersburg vom 15. Januar: Das der Regierung ergebene 10. Artillerieregiment und das 5. und 12. Infanterieregiment, die an der Eroberung des Hauptquartiers unter Krylenko teilgenommen hatten, sind mit dem Oberbefehlshaber Krylenko mit nicht bekanntgewordener Order nach der Südfront abgegangen. Man muß annehmen, daß sie in besonderem Auftrage des Rates der Volkskommissare handeln, die Kwanasmaßnahmen gegen Rumänien öffentlich debattieren. — Die „Morning Post" meldet aus Petersburg: Die Freilassung des von der Regierung der Bolschewiki festgenommenen rumänischen Militärattachés wird vom Petersburger Sowjet abgelehnt. Die rumänischen Staatsguthaben bei der Petersburger Reichsbank sind beschlagnahmt.

Ein von Lenin, dem Oberbefehlshaber Krylenko und dem Kriegsbevollmächtigten Podwoiskij unterzeichnetes

Ultimatum an die rumänische Regierung

lautet: „Das Kommando der 49. Division teilt uns mit, daß die rumänischen Behörden feindliche Handlungen gegen russische Soldaten unternahmen und keine Lebensmitteltransporte durchließen. Das 194. Regiment der 49. Division wurde von rumänischen Streitkräften umzingelt und entwaffnet, die auch den Ausschuß des 195. Regiments und österreichische Offiziere die zum Besuch der Russen gekommen waren, verhafteten. Der Rat der Volkskommissare verlangt die Freilassung der verhafteten Soldaten und Offiziere, Bestrafung der Behörden, die die Verhaftung vorgenommen haben, und Sicherheit dafür, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen. Falls eine Antwort innerhalb 24 Stunden nicht erfolgt, wird unsre Reklamation als ein neuer Bruch betrachtet werden, und wir werden die nachträglichen militärischen Maßnahmen treffen."

•

Vor die Entscheidung gestellt

Die Bolschewiki-Regierung beabsichtigt, wie Reuter meldet, der Konstituante am Freitag ein Ultimatum zu stellen, das Rußland als sozialistische Republik proklamiert, und durch das alles Land und Eigentum enteignet werden sollte. Die Konstituante wird den Vorschlag annehmen oder in einen offenen Konflikt mit dem Sowjet treten müssen. Nach einer Stockholmer Meldung des „Daily Chronicle" würde im letzteren Falle die Konstituante der verlierende Teil sein.

•

Zurückziehung der russischen Truppen aus Türkisch-Armenien?

Aus Rotterdam wird gemeldet: „Daily News" berichten aus Petersburg: Die Volkskommissare teilten der russischen Delegation in Brest-Litowsk mit, daß Rußland für Türkisch-Armenien das Selbstbestimmungsrecht der Armenier in dem von Rußland besetzten Gebiete anerkennt. Rußland werde seine Truppen aus dem besetzten Gebiete zurücknehmen, eine armenische Miliz werde geübet werden, um Leben und Eigentum zu schützen. Besonderer Nachdruck wurde auf die freie Rückkehr der armenischen Flüchtlinge und Emigranten aus andern Ländern gelegt.

Neue U-Boots-Erfolge

× Berlin, 17. Januar. (Amtlich)

Eines unsrer Unterseeboote hat kürzlich an der Westküste Englands vier Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt. Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwehr in den für starke U-Boots-Abwehr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Bristol-Kanals durch geschickte Angriffe vernichtet. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem U-Boot zum Opfer. Sämtliche Fahrzeuge waren bewaffnet. Unter ihnen konnten die englischen Dampfer „Elmaleaf" und „Boston City" namentlich festgestellt werden. Von den beiden andern Dampfern hatte der eine Kohlen, der andre, von Ansehen und Größe des englischen Dampfers „Egremont Castle" (5294 Tonnen), Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung „B. F. 696".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Caillaux im Gefängnis

* Genf, 18. Januar

Im Caillaux-Prozeß steht eine neue wichtige Verhaftung bevor. Man spricht von Frau Caillaux. Caillaux Wohnung ist Tag und Nacht von einem großen Polizeiaufgebot umstellt. Caillaux arbeitet in seiner Zelle an seiner Verteidigungsrede oder er liest. Er hat sich einen Band Wells und die Gedichte Baudelaires kommen lassen. Die Freunde Caillaux beteuern von neuem, der frühere Ministerpräsident habe mit dem Grafen Luxburg niemals irgendwelche Beziehungen unterhalten. Die „Vérité" macht einige Enthüllungen über die in Caillaux Florenzer Bankfach gefundenen sogenannten „rosa Dokumente", die Poincaré und Clémenceau kompromittieren. Aus einem der Aktenstücke geht hervor, daß Clémenceau als Minister im Kabinett Waldeck-Rousseau auf eigene Faust in auffallend intime Verhandlungen mit England getreten war, so daß Waldeck-Rousseau der französischen Polizei Auftrag gab, Clémenceau auf seiner Reise nach London scharf zu überwachen. Die Berichte des Chefs der Geheimpolizei wurden von Waldeck-Rousseau Caillaux anvertraut, der sie in der Florenzer Bank deponierte. Ein andres Dokument bezieht sich auf die Verhandlungen über den Abschluß eines Konkordates, die Poincaré während des Ministeriums Barthou mit Hilfe der Minister Klotz und Pichon mit Tittoni eingeleitet hat.

Uebrigens hatte Caillaux dem Untersuchungsrichter von sich aus von dem Dasein des Florenzer Bankfaches Kenntnis gegeben und gebeten, es in Anwesenheit eines von ihm bestellten Vertreters öffnen zu lassen. Acht Tage darauf wurde das Fach ohne Caillaux Wissen von italienischen Geheimagenten im Beisein des französischen Konsuls erbrochen. Das „Journal du Peuple" und die „Vérité" gehen nun so weit, anzudeuten, die von der italienischen Regierung beigebrachten Florenzer Dokumente könnten genau wie das Bordereau Esterhazy im Dreyfus-Prozeß eine Fälschung sein. Die zweite merkwürdige Erscheinung des Caillaux-Prozesses ist die Stimmungsmache der Regierung und des Untersuchungsrichters, die der Boulevardpresse Einsicht in die Akten geben und Notizen ausgeben, die Caillaux belasten sollen. Es steht bisher nicht aus wie ein Gerichtsverfahren, wie gestern der Abgeordnete Lafont in der Kammer sagte, sondern wie eine Regierungsaktion. Gegenstand der Beunruhigung nicht nur für die Sozialisten, sondern auch für viele Radikale ist der unheimliche Eifer, mit dem Caillaux Verhaftung durch die royalistische „Action Française" ausgebeutet wird. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade in diesem Augenblick der royalistische Kronprätendent, der Herzog von Orléans, seine bevorstehende Ankunft in Frankreich angekündigt hat. Der radikale Abgeordnete Gruet versuchte am Mittwoch Clémenceau zu einer Erklärung über die Agitation der Royalisten zu zwingen. Clémenceau weigerte sich aber, die Interpellation zu beantworten, obwohl Gruet drohte und schrie. Clémenceau rührte sich nicht. Gruet regte sich darüber derartig auf, daß er, kaum auf seinen Platz zurückgekehrt, ohnmächtig umsank und aus dem Saal getragen werden mußte.

Der Deputierte Loustalot wurde gestern verhaftet. Seine Festnahme erfolgte ohne Angabe bestimmter Beweggründe. Loustalot war, so wird nach den aufgefundenen Dokumenten behauptet, in Caillaux Staatswesen mit einem großen Posten bedacht worden. Man sucht noch andre Parlamentarier, Beamte und Offiziere, die von Caillaux Emporkommen hätten profitieren können. Darauf beziehen sich die Mitteilungen der ministeriellen Organe, die die Listen der Verhaftungen noch als unvollständig erklären. Der Advokat Ceccaldi, einer der beiden Anwälte Caillaux, erklärte Journalisten, sein Klient habe nichts von der Zuversicht eingeflößt, die völlig begründet sei, weil die sogenannten neuen Tatsachen vom Standpunkte der Schuldbeweisfrage absolut gegenstandslos seien. Höchstens innerpolitisches Interesse könnten sie beanspruchen.

Ein alldeutscher Meisterstreich

Wenn irgendwo, dann gilt es in der Politik, daß Dummheit ein Verbrechen ist. Dies vorausgeschickt, müssen wir wieder einmal eine besonders exquisite Dummheit der alldeutschen Eiferer feststellen. Sie hetzen den Bundesrat gegen den Kaiser; sie sprechen es laut aus, daß der Kaiser durch die Art, wie er in Brest-Litowsk das Friedensgeschäft betreiben läßt, gegen die Bundesverfassung, ja sogar gegen die Interessen der einzelnen Bundesstaaten verstößt. Die „Deutsche Zeitung" zitiert die Nachricht, daß der Graf v. Podewils, der frühere bayrische Ministerpräsident, sich nach Brest-Litowsk begeben werde, um an den dortigen Verhandlungen teilzunehmen. Sie benutzt diese Nachricht, um in einem staatsrechtlich völlig unhaltbaren politisch aber geradezu törichten Artikel auseinanderzusetzen, daß offenbar „eine volle Uebereinstimmung zwischen den einzelnen deutschen Bundesstaaten über die Gestaltung des Friedens bisher noch nicht anerkannt worden ist". Sie glaubt dann ferner feststellen zu müssen, daß das Recht des Kaisers, den Frieden zu schließen, sich wohl auf die Regelung der neuen russischen Grenze erstreckt, nicht aber auf die Verfügung über die von Rußland loszutrennenden Gebiete. Nun wollen wir uns hier nicht in eine Diskussion darüber einlassen, daß fürs erste die deutsche Reichsregierung gar nicht daran denkt, irgendwelche Gebiete von Rußland loszutrennen, um über sie zu verfügen, daß es sich vielmehr, wenigstens im jetzigen Stadium der Verhandlungen, nur darum handelt, diesen Gebieten die Freiheit zu verschaffen, von sich aus selbständig zu bestimmen, welchem größeren Staatsverband sie sich einzugliedern wünschen. Es kann jedenfalls die Aufgabe unsrer Unterhändler nicht erleichtern, wenn in deutschen Zeitungen, was die fraglichen, zur Zeit noch russischen Gebiete betrifft, von einer Lostrennung im Sinne der Annexion gesprochen wird.

Davon aber abgesehen, ist es ebenso abwegig wie spitzfindig, wenn das alldeutsche Blatt behauptet, daß, weil früher oder später einmal seitens des Reichs über jene Gebiete verfügt werden könnte, schon heute der Kaiser nicht das Recht hätte, aus dem § 11 der Reichsverfassung heraus mit Rußland den Frieden zu schließen, uns es ist geradezu frivol, in solchem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß jene Gebiete „von den Truppen der hohen Verbündeten, d. h. der Oberhäupter der einzelnen deutschen Bundesstaaten, gemeinsam erobert worden sind". Nun wissen wir zwar sehr genau, daß das Deutsche Reich in seinem bundesstaatlichen Charakter viel zu fest gefügt ist, als daß durch derartige dilettantische Demagogenstreiche bei den verantwortlichen Stellen irgendwelche Verwirrung angerichtet werden könnte, aber es kennzeichnet jedenfalls die plumpe Dreistigkeit der Alldeutschen, daß sie es wagen, sozusagen an die einzelnen Bundesfürsten gegen den Kaiser zu appellieren. Der eingangs genannte Artikel der „Deutschen Ztg." meint geradezu, es wäre immerhin möglich, daß Herr von Kühlmann demnächst in Brest-Litowsk die diplomatischen Vertreter sämtlicher deutschen Bundesstaaten begrüßen könnte. Er sagt wörtlich: „Namentlich dürfte bei der bekannten Stellungnahme Sachsens der König von Sachsen ein Interesse daran haben, sich in Brest-Litowsk vertreten zu lassen, um eine Gestaltung des östlichen Friedens zu verhindern, die mit den sächsischen Staatsnotwendigkeiten nicht in Einklang zu bringen wäre." Hinterher kommen der „Deutschen Ztg." zwar selbst Bedenken über das, was sie da eben so leichtfertig ausgesprochen hat, und sie fügt hinzu, daß solche Entsendung von Vertretern der einzelnen Bundesstaaten für die Brest-Litowsker Verhandlungen kaum glücklich sein dürfte, weil dadurch „nach außen hin der Eindruck einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit zwischen den einzelnen deutschen Bundesstaaten erweckt werden würde". Die Einsicht der „Deutschen Ztg." ist bewundernswürdig. Sie wäre aber durchaus überflüssig gewesen, denn, wie wir auf das Bestimmteste versichern können und wie es ja auch nur selbstverständlich ist, herrscht zwischen den einzelnen Bundesstaaten völlige Uebereinstimmung über das, was durch die Verhandlungen mit Rußland für das Deutsche Reich erzielt werden muß. Alles, was die deutschen Unterhändler in Brest-Litowsk vorbringen und beschließen, geschieht im Namen des Reichs, denn eben nur im Namen des Reichs hat der Kaiser gemäß dem § 11 das Recht, den Frieden zu schließen.

Fragt man nun nach der eigentlichen Absicht dieser neuesten alldeutschen Hetzung, so dürfte diese wohl einigermaßen leicht zu finden sein. Es handelt sich wohl ohne Zweifel darum, dem Antrag der preußischen Herrenhausrebellen, der angekündigt worden ist und demnächst zur Verhandlung kommen soll, den nötigen Unterbau zu schaffen. Dieser Antrag spricht, wie bereits mitgeteilt, die Zuversicht aus, „daß die Königlich Preußische Staatsregierung auf einen Frieden hinwirken wird, bei dessen Abschluß die dem deutschen Kaiser im Artikel 11 der Reichsverfassung vorbehaltenen Rechte voll gewahrt werden". Hinter solchem harmlosen Wortlaut aber versteckt sich sichtlich ein alldeutscher Protest gegen das, was im Namen des Reichs in Brest-Litowsk verhandelt und angestrebt wird. Um den preußischen Herrenhäuslern Stufen zu schlagen, scheuen sich also die Alldeutschen nicht, die Bundesfürsten gegen den Kaiser aufzuhetzen und unsern Unterhändlern wieder einmal in den Rücken zu fallen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19180119/1